

Kurzinformation

Experten fordern konsistente Politik, bessere Koordination und Zusammenarbeit der Behörden und eine strategische Partnerschaft mit Migrantenorganisationen

Resümee des Fachgesprächs „Flüchtlinge im Fokus – neue Herausforderungen für die Kommunen“ beim Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin

Die anhaltende Zuwanderung von Flüchtlingen überfordert vielerorts die Verwaltungen in den Kommunen, die Mitarbeiter sind an ihren Belastungsgrenzen. Im Jahr 2015 reisten rund eine Million Flüchtlinge nach Deutschland ein. Die Erstaufnahmeeinrichtungen sind überfüllt, es kommt zu ad-hoc-Zuweisungen von Flüchtlingen in die Kommunen, dort müssen sie kurzfristig untergebracht und betreut werden. Viele Flüchtlinge sind noch nicht registriert, auf die Beantragung eines regulären Asylverfahrens müssen sie Monate warten. Die unhaltbaren Zustände am Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) in Berlin sind dafür ein beredtes Beispiel. Es fehlen nicht nur Unterbringungskapazitäten und ausreichend qualifizierte Betreiber von Flüchtlingsunterkünften, es fehlen vor allem **Strukturen** mit gut ausgestatteten **personellen Kapazitäten** in den kommunalen Verwaltungen, um konsistente Konzepte und **langfristige Strategien** erarbeiten zu können. Wie kommen die Kommunen weg vom Krisenmodus in reguläre Verwaltungsabläufe und vor allem, wie kann langfristig die Integration von bleibeberechtigten Flüchtlingen gelingen?

Diesen Fragen gingen Experten aus kommunaler Praxis, Bundes- und Landesbehörden, Migranten- und Flüchtlingsorganisationen, Verbänden und Stiftungen und der Wissenschaft in einem **Fachgespräch am 8. Dezember 2015 im Deutschen Institut für Urbanistik** nach. Die zentralen Ergebnisse des Gesprächs:

Viele der im Rahmen der Flüchtlingsdiskussion genannten Probleme gab es vorher bereits, sie haben sich aufgestaut und werden durch die Flüchtlingskrise nur verstärkt. So habe man sich in den letzten Jahren trotz nachgewiesenen Bedarfs in Teilmärkten nicht um den **sozialen Wohnungsbau** gekümmert, und jetzt offenbare sich das Fehlen preiswerter und bezahlbarer Wohnungen in den Städten mit angespannten Wohnungsmärkten umso mehr. Da viele **kommunale Wohnungsunternehmen** verkauft worden seien, fehlen für die Wiederankurbelung des sozialen Wohnungsbaus nun die strategischen Partner. Genossenschaften und private Investoren nehmen die derzeitige Förderung sehr zurückhaltend wahr, da sie die Miet- und Belegungsbindungen fürchten.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) geht mittlerweile von einem jährlichen **Neubaubedarf von 350.000 Wohnungen** aus, tatsächlich könnten aber noch nicht einmal die durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) bisher berechneten 272.000 neuen Wohnungen erstellt werden. Das Land Brandenburg hat reagiert und stellt seine **Wohnungsbauförderung** ab 2016 auf Darlehen plus Zuschüsse für die angespannten Wohnungsmärkte des Berliner Speckgürtels um. *Jürgen Schweinberger, zuständiger Abteilungsleiter für Stadtentwicklung und Wohnen im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung im Land Brandenburg*, verweist zudem darauf, dass die Rückbaumittel aus dem Programm Stadtumbau Ost für 2015/16 umgewidmet wurden und nun für die bauliche Herrichtung leerstehender Wohnungen genutzt werden können. Insgesamt müssten die Themen **Wohnen und Integration stärker verknüpft** und die bisherigen integrierten Stadtentwicklungskonzepte weiter entwickelt werden. Das Ziel einer **dezentralen Unterbringung** als Basis für die Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft müsse weiterhin gelten, auch wenn das in der derzeitigen Situation vorerst nur schwer zu realisieren sei.

Außerdem seien soziale Leistungen reduziert und das Personal in den öffentlichen Verwaltungen massiv abgebaut worden. All das führe in Krisensituationen zu kumulierten Entwicklungen. Alle Teilnehmenden zeigten sich überrascht bis erschüttert, dass **Deutschland in Krisensituationen so schlecht aufgestellt** ist.

Als hochkomplexe Wirtschaftsnation neige Deutschland zum Perfektionismus, **Flexibilität und Improvisation** seien nicht die Stärke Deutschlands, aber in solchen Situationen notwendig und hilfreich, merkte *Michael Allimadi vom Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat* an.

Doris Dickel vom Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration verwies darauf, dass Kommunen, die in den letzten Jahren ihre **kommunale Integrationspolitik strategisch ausgerichtet** und Strukturen geschaffen hätten, besser aufgestellt seien, um die Herausforderungen zu meistern. Die **vorhandenen Netzwerke und Strukturen** seien wichtige Andockpunkte, dies zeige sich insbesondere in den Quartieren der „**Sozialen Stadt**“, doch auch diese Konzepte müssten überprüft und weiterentwickelt werden.

Um die Integration von Flüchtlingen zu ermöglichen, seien ausreichend **Sprachkurse und Begegnungen**, möglichst in neutralen Räumen, zu organisieren. Vorteilhaft seien Sprachkurse, die mit einer **beruflichen Qualifikation** verbunden werden. Die Erweiterung des Angebots der Integrationskurse des Bundes auf Flüchtlinge sei zwar grundsätzlich begrüßenswert, doch die **Eingrenzung auf vier Herkunftsländer (Eritrea, Irak, Iran und Syrien) berge vor Ort viel Konfliktpotenzial** und bedürfe eines erhöhten Koordinationsaufwandes der unterschiedlichen Kursanbieter in den Kommunen. Hier sei eine Nachjustierung erforderlich.

Man müsse sich vor allem um die jungen Leute kümmern, beschwor *Prof. Keim, ehemals Direktor des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung*. Etwa 70 Prozent der Flüchtlinge und Asylbewerber sind **junge Männer**. Ohne Integrationsangebote und sichtbare gesellschaftliche Perspektiven bestehe die **Gefahr der Radikalisierung junger Flüchtlinge**. Als Ansatzpunkte nannte er eine **koordinierte Sozialplanung** in Verbindung mit politischer Bildungsarbeit.

Hervorgehoben wurde das vielfältige **ehrenamtliche Engagement der Bevölkerung**, dies sei eine große Ressource. Es wurde aber auch darauf verwiesen, dass es einer **Koordination der Ehrenamtlichen** durch die Verwaltung und einer **Professionalisierung durch Begleitung und Coaching** bedürfe. Bestimmte Aufgaben könnten nicht an Ehrenamtliche delegiert werden. Schon jetzt seien viele ausgebrannt durch die Anforderungen, außerdem fehle häufig die emotionale Distanz. In diesem Zusammenhang seien die **Migrantenorganisationen als Mittler und Brückenbauer** von besonderer Bedeutung. Sie sollten aber weniger als Dienstleister denn **als strategische Partner** von den Kommunen wahrgenommen werden.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Fachgesprächs ist auf der Internetseite des Difu abrufbar <http://www.difu.de/projekte/2015/fluechtlinge-und-asylsuchende-in-kommunen.html>.

Ansprechpartnerinnen

Gudrun Kirchhoff, kirchhoff@difu.de, Tel. 030/ 39001-192

Magdalene, Rakel, rakel@difu.de, Tel. 030/ 39001-193